

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verlehr monatlich 1.50 M. ; Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 60 bei der Oberamtsparisse Neuenbürg Zweigt. Wildb. ; Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gef. Häberle & Co. Wildbad. ; Postfachkonto Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außsch. 15 einseil. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. ; Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auslieferung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. ; Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. ; In Konturfällen ob. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 58

Februfr 179

Wildbad, Mittwoch, den 11. März 1925

Februfr 179

60. Jahrgang

Los von Wien!

In Oesterreich ist auf der ganzen Linie der Kampf der Bundesländer um ein möglichst großes Maß von Selbstständigkeit vom Staat, vom Bund, eigentlich von Wien, entbrannt. Dieser Kampf ist nicht neu. Er reicht bis ins alte Oesterreich zurück. Der Staat hieß nicht Oesterreich, sondern: Die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder. Aber es hat schon Besonderes zu bedeuten, wenn dieser Kampf jetzt mit besonderer Heftigkeit aus den Kreisen der Christlich-sozialen Partei geführt wird, die die führende Regierungspartei ist. Es läßt sich heute nicht mehr bestreiten, daß dieser Kampf zu einer Entscheidung drängt.

Vor einigen Tagen wurde von Tirol aus ein scharfer Vorstoß gegen die Wiener Ministerien geführt. Ein hervorragender Christlichsozialer, der Leiter der Heimatwehren in Tirol, behauptete, daß die österreichischen Alpenländer von Fremden beherrscht werden, von Fremden in den Ministerien. Als Beispiel führte er die Zusammensetzung des Beamtenstands im Bundesministerium für Finanzen an. Danach wird Oesterreich in finanzieller Hinsicht von 58 v. H. höheren Beamten „nichtösterreichischer Herkunft“ regiert, 88 v. H. dieser Finanzbeamten aber seien den Alpenländern überhaupt fremd. Einige Tage später erfolgte ein noch scharferer Vorstoß gegen die Wiener Zentralämter auf dem Christlichsozialen Landesparteitag für das Land Salzburg durch den Landeshauptmann dieses Bundeslands, also durch den Chef der Landesverwaltung. Dieser Vorstoß erhielt eine besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß er in Gegenwart des Bundeskanzlers Dr. Kamel geführt werden konnte, der es sogar unterließ, auf die Behauptung des Landeshauptmanns zu erwidern, in den Ministerien seien Herde der Korruption vorhanden! Auf die Ausführungen des Salzburger Landeshauptmanns gegen die Zentralbürokratie in Wien erwiderte in einem Wiener Blatt ein hoher Beamter recht hoshaft: „Die Demokratisierung Oesterreichs hat uns alle zusammengenommen so viel Volksvertreter beschert, daß die Landesräte, Bundesräte, Nationalräte und Landtagsabgeordneten sowie die Gemeinderäte an Zahl mehr ausmachen als die Einwohner der Stadt Salzburg.“ Dieser hohe Beamte räumt ein, es sei sicher, daß es noch immer zu viel Bundesbeamte gebe. Aber er jagt dann auch spöttisch:

„Wenn der Herr Landeshauptmann zur Einsicht gelangt, daß für das Land Salzburg mit seinen 323 000 Einwohnern ein Landeshauptmann, zwei Landeshauptmannstellvertreter, drei Landesräte und 28 Landtagsabgeordnete ein zu großer Luxus sind, dann kann er auch mit Recht fordern, daß die Zentralregierung Oesterreichs auf das Maß der Schweiz zurückführt, die nicht sieben Ministerien, sondern nur sieben Departements benötigt, die nicht wie die Wiener Ministerien mehr als vier Häuserblocks befehligen, sondern im Bundespalast in Bern untergebracht sind. Es ist nicht notwendig, daß zum Beispiel das Bundesministerium für Finanzen, abgesehen von der Personalvermehrung, 25 Departements mehr besitzt als das Finanzministerium des Kaiseriums Oesterreich. Wir brauchen kein Ministerium für Handel mit mehr als 50 Abteilungen.“

So der hohe Beamte, der ja keine Geheimnisse ausplaudert hat. Die von ihm angeführten „Landesfunktionäre“, die gewählt sind, beziehen alle, bis auf die Gemeindevertreter, Gehälter, die Landesräte sogar ziemlich hohe, in Tirol z. B. höhere Gehälter als die ihnen unterstehenden Berufsbeamten. In den Gemeindevertretungen beziehen die Bürgermeister sogenannte Funktionszulagen, die in den sozialdemokratischen Industrieorten reichlich bemessen sind. In einzelnen der Bundesländer wirkt der Landesverwaltungsapparat geradezu lächerlich durch das Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Gehalts- oder Diätenbeziehern. Borsarlberg, das kleinste der österreichischen Bundesländer, hat 139 999 Einwohner. Aber auch dieses Ländchen hat einen aus nicht weniger als 30 Mitgliedern bestehenden Landtag mit dem Landeshauptmann als Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Außerdem besteht die Landesverwaltung aus fünf Landesräten, zu denen Landtagsabgeordnete bestellt werden. Der Landesamtsdirektor leitet die Aemter des selbständigen Wirkungsbereichs des Landes. Daneben aber läuft die mittelbare Bundesverwaltung mit dem Landeshauptmann an der Spitze, unter dem wieder ein „Landesstatthalter“ und der schon angeführte Landesamtsdirektor stehen. Das Präsidialbureau dieser mittelbaren Bundesverwaltung eines Landes von nicht einmal 140 000 Einwohnern hat nicht weniger als acht Abteilungen, an deren Spitzen höhere Beamte stehen. Außer diesen Abteilungen des Präsidialbureaus gibt es dann noch den Landesschulrat, den Landesamtsrat, die Agrarlandesbehörde, eine Landeskommission für Volkspflegestätten. Dazu kommen noch drei Bezirkslandeshauptmannschaften. Das alles und noch ein wenig mehr, was hier nicht aufgezählt werden kann, in einem kleinen Ländchen . . .

In den größeren Bundesländern ist der Verwaltungsapparat entsprechend größer. Das größte Bundesland, von Wien abgesehen, ist Niederösterreich mit 1 480 452 Ein-

Tagespiegel

Prinz Friedrich von Preußen, ein Sohn des Prinzen Albrecht, ehemaligen Regenten von Braunschweig, ist nach langem Leiden im Sanatorium Laßmann bei Dresden im Alter von 44 Jahren an Schwindsucht gestorben.

Nach Berliner Blättern wird die Reichstagsfraktion des Zentrums den früheren preussischen Ministerpräsidenten Siegerwald als Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft aufstellen.

Der Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, es sei begreiflich, daß Dr. Luther die Kandidatur für die Reichspräsidentenschaft nicht angenommen habe, da er als Reichskanzler im Ausland volles Vertrauen genieße.

Der rumänische Gesandte war gestern im Auswärtigen Amt. Seit Sonntag hat die Abreise von Rumänien aus Berlin wieder größeren Umfang angenommen.

Der bisherige amerikanische Gesandte in Peking, Jakob G. Schumann wurde zum Volschaffer in Berlin ernannt. Aus Danzig wird gemeldet, daß die Polen Truppen an der Grenze des Freistaats zusammenziehen.

Die 33. Tagung des Völkerbundesrats wurde am Dienstag in Gerk durch Chamberlain mit einer Gedächtnisrede auf den verstorbenen schwedischen Minister Branting eröffnet.

wohnern. Burgenland hat 286 179, Kärnten 370 748, Oberösterreich 875 918, Salzburg 323 000, Steiermark 978 845, Tirol 314 836 Einwohner. In allen diesen Ländern ist das Bestreben lebendig, die Verwaltung möglichst unabhängig von der Wiener Zentralregierung zu gestalten. Zu einem ausgesprochenen Staatsgefühl hat sich die politische Führung in diesen Ländern offenbar noch nicht durchgerungen. Sie will, daß jedes dieser Ländchen, von denen in Wirklichkeit keines für sich allein bestehen könnte, sein eigener „Staat“ werde. Nun ist es offenbar, daß sich die Spitze der Bundesregierung auf die Seite der Länderföderalisten stellt. Das ganze Problem drängt nach einer Lösung, von der zu befürchten ist, daß sie sich auf Kosten der Bundeseinheit im kleinsten Geiße der auf Erweiterung ihrer persönlichen Macht bedachten politischen Landesparteirollen vollziehen wird. Und das wäre, im Interesse Oesterreichs, dessen Schicksale wir Reichsdeutschen mit aufrichtiger Anteilnahme verfolgen, zu beklagen.

Der Barmatstandal

Berlin, 10. März. Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags vernahm den Direktor Meyer-Hamburg, der von April 1919 bis Oktober 1923 Vorstand der Reichseinfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel war. Meyer bezeugt, er sei im Juni 1919 von dem Vorsitzenden des Diktatorischen Ausschusses, Pötschow, im Auftrag des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt aufgefordert worden, mit Barmat Lieferungsverträge über Hülsenfrüchte abzuschließen. Er habe von Ludlo Barmat einen außergewöhnlich schlechten Eindruck bekommen und habe seinem Proturisten gesagt: „Machen Sie den Geschäftsrant zu!“ Da er außerdem sehr schlechte Auskünfte über Barmat erhalten hatte, habe er ihn unsanft weggeschickt. Später sei Barmat mit Bauer (dem früheren Reichskanzler) wiedergekommen, und Bauer habe sich beschwert, daß die Reichsgetreidestelle die einzige sei, die Geschäfte mit seinem (Bauers) Freund Barmat zurückgewiesen habe. Er (Meyer) habe Bauer erklärt, er habe seine sachlichen Gründe dafür, außerdem seien die von Barmat geforderten Preise viel zu hoch. Barmat sagte darauf, er (Meyer) scheine wohl zu glauben, daß er (Barmat) hinter den Angriffen gegen den Ernährungsminister Hermes stecke. „Ich sagte es Barmat ins Gesicht, daß ich davon überzeugt sei“, darauf habe man es unterlassen, die Reichsstelle für Barmat zu gewinnen. Auf verschiedene Anfragen erklärte der Zeuge weiter, das Kesseltreiben gegen Hermes sei u. a. deshalb eingeleitet worden, weil er die Zwangswirtschaft aufheben und den freien Handel wieder einführen wollte.

Zeuge Hermes bezeugt, er habe gegen Barmat Mißtrauen gehabt; Bauer habe sich sehr warm für seinen Freund Barmat verwendet.

Zeuge Weyermann, früher stellvert. Direktor der Reichsstelle, erklärt, auf Veranlassung Pötschows haben im Juli 1919 die Geschäfte der Reichsstelle mit Barmat begonnen, zunächst mit eingebitteter Milch. Es handelte sich um einen Betrag von 18 Millionen holl. Gulden. Barmat habe schon bei der Packung betrogen; die Dosen enthielten weniger, als vereinbart und auf den Dosen aufgedruckt war. Man habe die Geschäfte auf den Druck der obersten Reichsämter machen müssen. Das Reichswirtschaftsministerium, das mit dem Ernährungsministerium verbunden

war, sei damals abgetrennt und Hermes sei Ernährungsminister geworden. Dann erst habe der „Druck von oben“ aufgehört und die Reichsstelle habe keine Geschäfte mit Barmat mehr gemacht.

Dr. Walter Simons

Der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons ist durch Reichsgesetz zum stellvertretenden Reichspräsidenten ernannt worden. Dr. Walter Simons ist als Sohn eines Industriellen 1861 in Eibersfeld geboren. Er trat in den Justizdienst ein, in dem er 1905 in das Reichsjustizamt zur Behandlung internationaler Rechtsfragen berufen wurde. Von da in die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes gelangt, war er 1910 und 1912 deutscher Vertreter auf der Haager Wechselrechts-Konferenz, 1914 an der Spitzbergen-Konferenz und wurde während des Kriegs mit der Leitung von verschiedenen Vertrags-Verhandlungen juristischer Art betraut. Im Jahr 1918 übernahm er die technische Führung der Reichskanzlei, wurde 1918 zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt ernannt und mit der Vorbereitung der Friedensverhandlungen betraut, an denen er in Versailles als Generalkommissar der deutschen Abordnung teilnahm. Nachdem er wegen der Unterzeichnung des Versailler Vertrags gleich den Mitgliedern der Abordnung zurückgetreten war, übernahm er die Leitung des Reichsverbands der Deutschen Industrie, wurde aber 1920 vom Reichskanzler Fehrenbach in den Reichsdienst zurückgeholt und zum Minister des Reichs ernannt.

Als Minister hat Dr. Simons das Deutsche Reich auf den Konferenzen von Spa vertreten. Die Arbeit von Spa war nicht mit Erfolg gekrönt. Auch die Arbeit 1921 auf der Londoner Konferenz war ein Mißerfolg. Nachdem er 1921 mit dem Kabinett Fehrenbach zurückgetreten war, wurde er von neuem Mitglied der deutschen Abordnung für die Verhandlungen mit Polen über Oberschlesien, die bekanntlich auch unglücklich verliefen. Dr. Simons wurde dann zum Präsidenten des Reichsgerichts ernannt.

Die Reichsmehrziffer nach der neuen Methode

Die Reichsmehrziffer für die Lebenshaltungskosten, die nach der bisherigen Berechnungsweise die Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung umfasst, beläuft sich nach der Feststellung des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar auf 125,1. Im Vergleich zum Vormonat (124,0) ist eine Steigerung von 0,9 v. H. festzustellen.

Neben dieser Mehreziffer ist für den Monat Februar nach eingehenden Beratungen zum erstenmal eine neue, in ihren Grundlagen erweiterte Lebenshaltungsmehrziffer berechnet worden. Hierbei sind außer den bisher berücksichtigten (elementaren) Lebensbedürfnissen noch die „Sonstigen Ausgaben“ eines Haushalts, für die Reinigung und Körperpflege, Bildung, Verkehr usw., in die Berechnung mit einbezogen worden, um einen Vergleich der Kosten für alle Aufwendungen, wie sie für den der Berechnung zu Grunde gelegten Haushalt zurzeit angenommen werden können, mit denen der Vorkriegszeit zu erhalten. Ferner wurden im Zusammenhang damit die Berechnungsgrundlagen der Ernährungs- und Bekleidungskosten, die in der Zeit der Zwangswirtschaft und der Inflation aufgestellt worden waren und zum Teil den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entsprachen, durch stärkere Berücksichtigung höherwertiger Qualitäten verbessert. Neben diesen methodischen Veränderungen wurden die für die Indexberechnung verwandten Preise der Vorkriegszeit in allen Erhebungsstellen einer eingehenden Nachprüfung unterzogen.

Die neue erweiterte Mehreziffer stellt sich im Durchschnitt des Monats Februar auf 135,6. Da diese Ziffer auf völlig veränderter Grundlage berechnet worden ist, kann sie mit den früheren Mehreziffern nicht verglichen werden. Bei Anwendung der neuen Berechnungsmethode auf den Vormonat ergibt sich für die Lebensunterhaltungskosten etwa die gleiche Steigerung wie nach der alten Methode.

Die Veröffentlichung der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten erfolgt von nun ab wieder wie früher nur einmal im Monat.

Deutscher Reichstag

Berlin, 10. März.

33. Sitzung. Auf der L.-O. steht zunächst die 3. Beratung des Gesetzentwurfs über die Stellvertretung des Reichspräsidenten.

Abg. Graf Westarp (Dntf.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage zustimmen, weil sie den höchsten Justizbeamten des Reichs mit der Stellvertretung betrauen will. Nachdem aber inzwischen der demokratische Vorschlag einer Kandidatur Dr. Simons erfolgt sei, stelle er ausdrücklich fest, daß aus der Zustimmung zu der Vorlage keine Schlüsse auf die Haltung seiner Partei zur endgültigen Wahl des Reichspräsidenten gezogen werden dürfen.



Abg. Brüningshaus (D. B.) gibt eine gleiche Erklärung ab und bedauert, daß durch den Vorschlag der Demokraten die Person des Reichsgerichtspräsidenten in die politische Debatte gezogen worden sei.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Es sei kein Grund vorhanden, den Reichsgerichtspräsidenten und den Stellvertreter des Reichspräsidenten von der Kandidatenerörterung auszuschließen.

Die Vorlage wird darauf gegen Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen. Ebenfalls in 3. Lesung endgültig gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten verabschiedet wird der Gesetzentwurf zur Uebernahme der durch das Ableben des Reichspräsidenten entstandenen Kosten auf das Reich.

Zur 1. Lesung gestellt werden dann die Gesetzentwürfe über das Genfer Ueberkommen, über das Vereinsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen.

Abg. Döndiehl (Komm.) fordert, daß auch auf den landwirtschaftlichen Gütern Betriebsräte zugelassen werden.

Neue Nachrichten

Ein demokratischer Wahlvorschlag

Berlin, 10. März. Die demokratische Reichstagsfraktion hat, nachdem die Sozialdemokratische Partei in dem früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, an sämtliche Parteien und an den Vorsitzenden des Wahlausschusses der Reichsparteien, Staatsminister a. D. von Lößel ein Schreiben gerichtet, in dem sie vorschlägt, den Vorschlag zum Reichspräsidenten stellvertretend den ernannten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons zugleich als gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten für die endgültige Wahl aufzustellen. Eine Zerstückelung und ein Zufallsergebnis werde dem gewählten Präsidenten nicht das erforderliche Ansehen des In- und Auslands geben. Die Vermeidung dieser Gefahren sei eine nationale Pflicht. Die Demokratische Partei habe den Wunsch, daß eine möglichst große Volksmehrheit sich auf einen Mann vereinige, der fest auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehe. Ein solcher Mann sei Dr. Simons.

Ablehnung der Kandidatur Simons durch die Parteien

Das demokratische „Berl. Tageblatt“ ist von dem Vorschlag der demokratischen Fraktion nicht entzückt; jedenfalls sei mit aller Schärfe zu betonen, daß der demokratische Vorschlag nicht als eine Anregung für einen irgendwie gearteten Rechts- oder Bürgerklub zu betrachten sei.

Das amtliche Blatt der deutschen Nationalen Volkspartei, die „Nationalpost“, schreibt: Die Deutschen Nationalen haben keinerlei Veranlassung, für die Demokraten die Kastanien aus dem Feuer zu holen; Simons stehe den deutschen Nationalen Anschauungen so fern wie nur möglich.

Die völkische „Deutsche Zeitung“ erklärt, für den demokratischen Vorschlag gebe es nur eins: sofortige und schroffe Zurückweisung. Es sei gewissermaßen ein Vertrauensmißbrauch, Simons Kandidatur einschmeicheln zu wollen, nachdem die Reichstagsparteien in ihrer Vertrauensleistung ihm zum stellvertretenden Präsidenten gewählt hatten. Der Ueberstempelversuch auf Hinterschlingen sei dreist und lächerlich.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ sagt, es scheine nunmehr auch den Demokraten zu dämmern, daß das Deutsche Volk das Barma-Bauer-Richter-Heilmann-System bis zum Halse satt habe und einen Reichspräsidenten wolle, der vom Parteigetriebe und Schieberrum unabhängig sei.

Die „Tägl. Rundschau“ meint, es wäre zu begrüßen, wenn die Demokraten ehrlich in die staatsbürgerliche Linie einschwenken wollten. Dann solle sie aber doch für Dr. Jarres eintreten. Man werde ihr Verhalten abwarten müssen.

Die „Zeit“ Strefemanns glaubt, daß ein Vergleich zwischen Jarres und Simons zugunsten des ersteren ausfallen würde.

Der „Vorwärts“ glaubt, daß die Reichsparteien niemals einen republikanischen Kandidaten wählen werden. Die demokratische völkische Zeitung stellt fest, daß der Fraktionsvorschlag im eigenen Lager kühl aufgenommen worden sei; es sei zu bezweifeln, daß er zu weiteren Verhandlungen führen werde.

Von der führenden Zentrumspresse liegen Äußerungen noch nicht vor.

Dr. Marz zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt

Berlin, 10. März. Der preussische Landtag wählte heute nachmittag Dr. Marz mit 232 von 443 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten. Dr. von Richter (Dfsh.)

Drei Tage aus dem Leben eines Kriminal-Beamten.

Von P-witsch.

Aus dem Russischen von E. Palm-Nasareff.

„Nun, wer von uns hat Recht?“ frohlockte Kotorgow. „Die richtige Mordwaffe hat sich gefunden und die Schere hat keine Bedeutung mehr.“

„Wo fanden Sie den Dolch?“

„Auf dem Ofen, wohin ihn der Mörder wahrscheinlich geworfen hatte. Vermittelt durch einen Tisch, auf den ich einen Stuhl stellte, gelangte ich zum Sims des Ofens und überzeugte mich persönlich, daß die Tapete mit Blut bespritzt war und sich in dem Staube, wo der Dolch gelegen hatte, blutige Abdrücke befanden.“

„Wem gehört er aber?“

„Dieselbe Frage stellte auch ich mir. Niemand von den Hausgenossen, mit Ausnahme Maria Pankratjewas, hatte ihn früher gesehen. Diese diente, wie Sie bereits wissen, bei den Eltern Agla's Borissownas, als letztere noch nicht verheiratet war.“

„Wo haben Sie den Dolch gesehen?“ fragte ich das Mädchen.

Er lag stets auf dem Schreibtische Agla's Borissownas, jeden Morgen stäubte ich ihn ab, aber plötzlich war er verschwunden.“

„Bei welcher Gelegenheit?“

„Damals galt Constantin Dimitritsch für den Bräutigam meines Fräuleins und besuchte uns jeden Abend. Einst hörte ich, wie er beim Fortgehen leise zum Fräulein sagte: „Ich danke Ihnen nochmals! Die alte gnädige Frau, welche in der Nähe stand, hatte diese Worte ebenfalls vernommen und als Constantin Dimitritsch gegangen

Volksp.) erhielt 122 Stimmen. Diele (Komm.) 22, Kadendorff (Wirtschaftl. Vereinigung) 16, Köner (Völkisch) 11 Stimmen, eine Stimme war ungenügend. Dr. Marz hat die absolute Mehrheit und ist somit gewählt.

Teilnahme zur Mobilmachung in der Türkei

Konstantinopel, 10. März. Die türkische Regierung hat die Mobilmachung in dem von den Kurden bedrohten Bezirk Siwas und in den benachbarten Bezirken angeordnet. Der gegenwärtige türkische Gesandte in Paris soll, wie verlautet, durch den bisherigen Erstenminister Feziy Bey ersetzt werden.

Borah für die Anerkennung der Sowjetregierung

Washington, 10. März. Einem Zeitungsberichterstatter gegenüber erklärte Senator Borah, er halte jeden Sicherheitsvertrag für schädlich, denn dadurch werden die alten Militärbündnisse mit ihren politischen Folgen wieder ins Leben gerufen. Er werde sich in erster Linie für die Anerkennung der Moskauer Sowjetregierung durch die Vereinigten Staaten einsetzen, wozu auch Präsident Coolidge grundsätzlich nicht abgeneigt sei. Die Politik und die Finanzen in der Welt können nicht dauernd befestigt werden, solange Rußland ausgeschlossen sei.

Der Kampf gegen Defer

Berlin, 10. März. Die Berliner Werkstättenarbeiter forderten in einem Schreiben an die Generaldirektion der Reichsbahngeellschaft die sofortige Absetzung des Generaldirektors Defer und dessen Ersetzung durch einen Fachmann. Ueberhaupt sollen nach einem Beschluß der Betriebsräte alle Aufsichtsratsstellen der Reichsbahn nur mit vorgebildeten Fachmännern und nicht mehr mit Politikern besetzt werden. Der Verwaltungsrat lehnte es ab, sich mit den Eingaben zu beschäftigen. Der Kampf spitzt sich zunächst zu einem persönlichen Kampf gegen den früheren Reichsverkehrsminister zu. (Defer war früher Schriftleiter der Ulmer Zeitung und der Frankfurter Zeitung.)

Die Beamtenverbände beschloßen, sich dem Generalstreik nicht anzuschließen, doch mehrten sich im Direktionsbezirk Berlin die Weigerungen, Arbeiten, die bisher den Streikenden zufielen, zu verrichten.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat sich die Streiklage nicht wesentlich verändert. Von 430 000 Eisenbahnarbeitern streikten am Montagabend 6600, wovon 721 auf Berlin, 5400 auf Sachsen kamen.

Die Eisenbahngewerkschaften haben die Bergarbeiterverbände aufgefordert, im Fall eines Generalstreiks sich mit den Eisenbahnarbeitern einig zu erklären. Die Angestellten der Hoch- und Straßenbahn in Berlin traten mit den Eisenbahnern in Verhandlungen wegen eines allgemeinen Verkehrsstreiks ein. Für Dienstag nachmittag wurden die Vertreter der Eisenbahngewerkschaften zur Beschlusfassung über einen allgemeinen Streik nach Berlin berufen. Im Verkehrsausschuß des Reichstags wird die Bewegung mit dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsverkehrsminister besprochen werden.

Der zweite Rothardt-Prozess

Magdeburg, 10. März. Vor der großen Strafkammer des Magdeburger Landgerichts, die mit 3 Richtern und 2 Schöffen unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rudolph besteht, begann heute die Berufsverhandlung im Rothardt-Prozess. Durch den Tod Eberts ist die Nebenklage erledigt. Eine große Zahl Zeitungsvertreter ist anwesend. Die Verhandlungen leitet Landgerichtsdirektor Rudolph. Durch Urteil des großen Schöffengerichts Halle war bekanntlich der frühere Schriftleiter der „Staßfurter Mitteldeutschen Presse“, Erwin Rothardt, wegen formaler Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert (§ 185 RStGB.) zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, von der Anklage der verleumdlichen Beleidigung (§ 186) aber freigesprochen worden, weil Rothardt den Wahrheitsbeweis erbracht habe, daß Ebert als Reichstagsabgeordneter im Jahr 1918 im Munitionsarbeiterstreik „juristischen Landesverrat“ begangen habe. Gegen das Urteil haben der Beklagte und die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

Den Verhandlungen wohnen Generalstaatsanwalt Storpe, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Dohmann, Oberstaatsanwalt Kasmus und Landesgerichtspräsident MÜgel-Magdeburg bei. Zu den bisherigen Verteidigern R. A. Dr. Martin und Bindewald-Magdeburg ist noch R. A. Ullgebrune-Göttingen getreten. Verschiedene neue Zeugen sind geladen. R. A. Bindewald gibt die Erklärung ab, für die Verteidigung komme nicht Ebert als Partei, sondern als Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei in Betracht. Er bedauere, daß gegen die Verteidigung in der Presse verleumdliche Angriffe erhoben worden seien. Das Volk habe Anspruch auf volle Aufklärung, hier-

auf wurde die Begründung des ersten Urteils verlesen, die fast zwei Stunden in Anspruch nimmt. Ebenso wird die Berufungsbearbeitung des Nebenklägers Ebert dem seiner damaligen Verteidiger verlesen, wogegen R. A. Ullgebrune Widerspruch erhebt, da durch den Tod des Nebenklägers seine prozessualen Erklärungen aufgehoben seien. Die Verteidigung verlangt hierüber einen Gerichtsbeschluß. Die Beweisnahme beginnt am Mittwoch.

Volen der Siörefried

Paris, 10. März. Der zurzeit hier weilende polnische Außenminister Strinsky wurde gestern von mehreren Zeitungsvertretern ausgefragt. Er erklärte, er sei überzeugt, daß ganz Frankreich sich auf die Seite der Polen stellen werde, aber England müde den Polen unmögliche Opfer zu, ohne selbst Leistungen auf sich zu nehmen. Durch die englischen Zumutungen sei Polen auf tiefe Beleidigung, und es liege zum Widerstand entschlossen; Polen sei nicht gewillt, als Dank für das, was es geleistet habe (?), eine schlechte Behandlung anzunehmen. Ueber die Danziger Frage wolle er sich nicht auslassen, aber Polen verlange, daß die ihm vom Verband gegebenen Versprechungen eingehalten werden. Im weiteren gebrauchte Strinsky so scharfe Worte gegen England, daß die Pariser Blätter Anstand nahmen, sie zu veröffentlichen.

Der belgische Außenminister Hyman hatte gestern eine Aussprache mit Herriot. Dem „Eclair“ zufolge soll Hyman dafür eingetreten sein, daß der Sicherheitsvertrag hauptsächlich zwischen Frankreich, England, Belgien und Deutschland abgeschlossen werde, an Polen habe Belgien kein besonderes Interesse. Herriot soll persönlich derselben Ansicht sein, doch fürchte er die öffentliche Meinung in Frankreich. Hyman ist aber in der Danziger Frage für die polnischen Forderungen, weil sie Deutschland schaden.

Ussquith für einen allgemeinen Sicherheitsvertrag

London, 10. März. In einer liberalen Versammlung in Cambridge lagte Lord Ussquith, die Welt sei wieder mitten in einem Rüstungswettlauf. Die Abrüstung sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit; moralische und allgemein menschliche Erwägungen solle man ganz aus dem Spiel lassen. Voraussetzung sei allerdings, daß die Sicherheitsfrage gelöst und daß Deutschland als Mitglied durch die Völkerbundsatzung gebunden sei. Es müsse ein allgemeiner Sicherheitsvertrag geschlossen werden, der die großen und kleinen Staaten umfasse und die jetzt bestehenden Grenzen aufrechterhalte.

Württemberg

Stuttgart, 10. März. Vom Landtag. Der Steuer- und Finanzsausschuß des Landtags hat sich mit einer Reihe von Eingaben befaßt und eine Eingabe der Württ. Haus- und Grundbesitzvereine der Regierung zur Prüfung übergeben. Eine Eingabe des Vereins Württ. Handelsvertreter um Befreiung von der Umlag- und der Gewerbesteuer wurde bezüglich der Umlagsteuer zur Berücksichtigung, bezüglich der Gewerbesteuer zur Ermäßigung übergeben.

Gegen die fittliche Verwumpfung. In einer vom Evang. Volksbund einberufenen und von 1000 Männern und Frauen besuchten Versammlung im Gustav-Siegle-Haus wurde eine Entschliekung angenommen, in der Geseke zur Bekämpfung von Schmutz und Schund in Literatur, Schaulustigkeiten und Film, Geseke zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, ein Verwahrungsgesetz der fittlich Gefährdeten, insbesondere der Trinker, die baldige Verabschiedung des Schankstättengesetzes, Unterstützung der Bautätigkeit gefordert werden.

Hausfuchung. Auf Anordnung des Oberreichsanwalts, der die Beschlagnahme einer Anzahl von kommunistischen Schriften verlangte, wurde heute morgen durch ein Polizeiaufgebot im Gebäude Geißstraße Nr. 4 eine Hausfuchung in der Buchhandlung, den Räumen der Druckerei und den Parteibüros durchgeführt. Es wurde eine Anzahl Broschüren und sonstiges Material beschlagnahmt. Das meiste Material befand sich in einem geschickt verdeckten Schacht im Maschinenraum der Druckerei.

Plakatwettbewerb. Das Preisgericht für die Plakatentwürfe für die Ausstellung „Das Schwäbische Land“ hat folgende Preise zuerkannt: Je 500 Mark Fritz Eberhardt-Oberürkheim, Herbert Reichel-Stuttgart, Rudolf Stöcker-Stuttgart, G. Schlipf-Hall, Ernst Württer-Ludwigsburg. Angelauf wurden zum Preise von 200 Mark folgende Arbeiten: Albert Baumeister-Ulm, Alb. Heim-Stuttgart, G. Sonn-Stuttgart, Karl Köpfer-Heilbronn.

Vom Tage. Ein 40 Jahre alter Händler, gegen den ein

war, fragte sie das Fräulein, wofür er ihr gedankt habe. Da ich hinausgehen mußte, vernahm ich die Antwort nicht mehr. Als ich aber am nächsten Morgen abstaubte, fehlte der Dolch an seinem Blase, da wußte ich sofort, daß ihn das Fräulein Constantin Dimitritsch geschenkt habe.“

„Sie sehen also, Gregor Petrowitsch“, schloß Kotorgow seinen Bericht, „daß ich das Mädchen durchaus nicht gedrängt hatte, mir irgend einen Namen zu nennen; aus eigenem Antriebe sprach sie diese schwerwiegende Ueberzeugung aus.“

„Konnte Agla's Borissowna den Dolch nicht versteckt haben?“ fragte ich.

„Versteckt? Wer hätte sie denn ums Leben gebracht?“

„Sie selbst!“

„Ich habe Einwendungen Ihrerseits vorhergesehen und mich auf dieselben vorbereitet. Auf dem Wege hierher besuchte ich unseren Kreisarzt und richtete an ihn die Frage, ob es möglich wäre, daß, nachdem die Verstorbene sich den Dolch in die Brust gestoßen, sie denselben wieder herausziehen und bis an das andere Ende des Zimmers auf den Ofen habe werfen können. Der Doktor erwiderte mir, daß etwas derartiges sehr zu bezweifeln sei. Und wenn schon er, der so überaus vorsichtig ist, daran zweifelt, so ist es für uns ein unwiderlegbarer Beweis, daß kein Selbstmord vorliegt. Wenn Sie aber auch auf die Aussage des Dienstmädchens keinen Wert legen, so verbinden sich doch mit dem Verschwinden des Dolches noch einige andere Umstände. Woher rührt z. B. die Schramme in Ussolzew's Hand und weshalb geriet er in Verwirrung, als man ihn darüber befragte? Ich will ihn durchaus nicht verdächtigen, doch dieses Zusammentreffen ist höchst sonderbar.“

„An Olga Ivanownas Schuld glauben Sie also nicht mehr?“

„Damit bin ich noch nicht im Klaren; ich weiß nur soviel, daß die Aufgabe, welche ich zu lösen übernommen habe, keine leichte ist.“

Er ließ das junge Mädchen demnach noch immer nicht aus den Augen. Mein Diener trat ein, um zu melden, daß die Wäsche nach dem Plaid von Constantin Dimitritsch geschickt habe.

„Befehlen Sie, ihr denselben zu senden?“

Er ging hierauf an das andere Ende des Zimmers, wo auf einem Stuhle der zusammengelagerte Plaid lag. Das scharfe Ohr des Untersuchungsrichters hatte sofort den Namen meines Freundes vernommen und sein Faltenbild bereits auf einige Schritte Entfernung die dunklen Flecken im hellgrauen Grunde des Plaids bemerkt.

„Erlauben Sie einen Augenblick“, hielt er den Diener an und begann aufmerksam die Flecken zu betrachten, sowie allmählich den ganzen Plaid auszubereiten.

„Ist es Ihnen bekannt, Gregor Petrowitsch, woher diese Flecken kommen?“ wandte er sich zu mir.

„Ja; Ussolzew bekam Rasenbluten.“

„Hier bei Ihnen?“

„Nein.“

„Sie hat ihn nicht gebracht, sondern ein Dienstmann. Ussolzew war gerade bei mir und ich machte ihm selbst den Vorschlag, den Plaid waschen zu lassen.“

„Ein Dienstmann? Von wem?“

„Das habe ich nicht gefragt.“

„Haben Sie sich die Nummer des Dienstmannes gemerkt?“ wandte sich jetzt Kotorgow zu dem Diener.

„Nein.“

(Fortsetzung folgt.)

Verichtsverfahren wegen Diebstahls Schwebel, wurde in seiner Wohnung in der Poststraße in Berg bewußlos aufgefunden. Es lag Selbstmordverdacht durch Gaseinatmung vor. Der Lebensmüde wurde ins Krankenhaus verbracht. — Durch den Sauerstoffapparat wurde eine 17jährige Arbeiterin ins Leben zurückgerufen die in einem Haus der Ulmerstraße in Wangen ebenfalls mit Gas sich zu vergiften versucht hatte.

Aus dem Lande

Ehlingen, 10. März. Ehrenvolle Berufung. Der Dozent für Mathematik an der höheren Maschinenbauschule Ehlingen, Werkmeister, zugleich Privatdozent an der Technischen Hochschule in Stuttgart, wurde an die Technische Hochschule in Dresden als Professor für Geodäsie und angewandte Astronomie berufen. Er wird der ehrenvollen Berufung auf 1. April d. J. Folge leisten. Für die Maschinenbauschule, ebenso wie für die Stadt Ehlingen bedeutet sein Weggang einen schweren Verlust.

Eberstadt, 10. März. 100 Jahre alt. Am 9. März feierte die im Jahr 1825 geborene Weingärtnerwitwe Katharine Seng, geb. Wieland, in ziemlicher Rüstigkeit ihren 100. Geburtstag. Heute leben noch 75 unmittlere Abkömmlinge, nämlich 2 Kinder, 22 Enkel, 47 Urkel und 4 Ururenkel.

Tübingen, 10. März. Wahlrechtsmißbrauch. Drei Studierende der Universität Tübingen haben bei der letzten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 mit Hilfe von Wahlheimen doppelt gewählt. Für dieses Vergehen wurden sie vom Amtsgericht zu 300 \mathcal{M} Geldstrafe verurteilt.

Heilbronn, 10. März. Ein Protest. Infolge des mangelhaften Zugverkehrs auf der Strecke Heilbronn-Osternburgen haben die Gemeinden Adelsheim, Sennfeld, Roigheim, Bittelbronna, Rökemühl, Jüttlingen, Siglingen, Reudenau, Herboldsheim, Untergriesheim, Höchstberg, Obergriesheim, Duttberg, sowie mehrere Jagsttalgemeinden ein Gesuch an die Reichseisenbahndirektion abgehen lassen, in dem es heißt: Wir können diesen Zustand ohne dauernde wirtschaftliche Schädigung nicht mehr ertragen und müssen im Interesse unserer Gemeindeglieder gegen die Abschmäuerung vom Industrie- und Handelszentrum Heilbronn-Neckarsulm entschiedenen Widerspruch erheben.

Reichenhagen, 10. März. Brand. Der zum Gasthof zum „Hirsch“ gehörige Eiskeller, in dessen Dachstuhl Schichten, Säcke, Flaschen und auch Stroh lagerten, war in Brand geraten. Das Feuer blieb auf den abgebrannten Dachstuhl beschränkt und konnte bald gelöscht werden. Immerhin erleidet der Besitzer nicht unbedeutenden Schaden. Ein Schaden in der elektrischen Leitung dürfte die Ursache des Brandes sein.

Baden

Karlsruhe, 10. März. Ein verheirateter Kanzleibeamter gab in stark angetrunkenem Zustand auf der Straße nach kurzer Ansehensprüfung auf einen verheirateten Kaufmann drei scharfe Revolvergeschosse ab, ohne zu treffen. Der Held wurde vom Publikum entwaffnet und verprügelt.

Flebingen bei Breiten, 10. März. Die Neubautätigkeit hat hier beinahe ein ganzes Dorfviertel erstehen lassen. Es sind jetzt bis zu zehn neue Häuser gebaut worden, die zur Hebung der Wohnungsverhältnisse beitragen werden.

Landshausen bei Eppingen, 10. März. Hier brach in dem Anwesen des Landwirts Müller Feuer aus, das in kurzer Zeit Wohnhaus und Scheuer in Asche legte. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Heidelberg, 10. März. Hier wurde ein städtischer Beamter wegen Unregelmäßigkeiten entlassen. Bei einer Überprüfung stellte sich ein Abmangel von einigen 1000 Mark heraus, deren Verbruch für Privatwecke der Beamte, der nahezu 20 Jahre in städtischen Diensten steht, sofort zugegeben hat. Der fehlende Betrag wurde gedeckt.

Mannheim, 10. März. Im Bayerischen Landtag ist ein Antrag über den Bau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen eingebracht worden, in dem gefordert wird, die bayerische Regierung solle beschließ mit dem Reich, Baden und den beteiligten Städten in Verhandlungen treten. Dieser Antrag steht offenbar mit den Eisenbahnplänen für Ludwigshafen und Mannheim in engem Zusammenhang. Ludwigshafen soll ebenfalls einen neuen Bahnhof erhalten. Somit wird es aus verkehrstechnischen Gründen erforderlich, beide Bahnhofspläne gemeinsam zu lösen. In diesem Rahmen wird auch eine zweite Rheinbrücke erforderlich. (Der Bürgerausschuß Mannheim hat kürzlich der Errichtung einer dritten Neckarbrücke zugestimmt.)

Mannheim, 10. März. Ein 52 Jahre alter Hafenarbeiter stürzte in angetrunkenem Zustand beim Nachhausegehen im Treppenhaus seiner Wohnung und zog sich erhebliche Kopfverletzungen zu. — Der 29jährige verheiratete Arbeiter Leonhard Wiegand aus Seckenheim erhielt wegen Betrugs eine Geldstrafe von 100 Mark. Im Juli und Oktober v. J. bestimmte Wiegand auf dem Wochenmarkt zwei Händler unter falschen Voraussetzungen zur Hergabe von Obst zu Händlerpreisen.

Hodenheim, 10. März. Infolge Familienzwänge hat sich der 18jährige F. Wolf durch Einatmen von Leuchtgas vergiftet.

Tauberbischofsheim, 10. März. In Hardheim wurde das Kind des Landstrassenwärters Schmitt, als es mit einem Jagdhund spielen wollte, von diesem so schlimm ins Gesicht gebissen, daß es sofort zur Operation in die Klinik verbracht werden mußte.

Bad Dürrenheim, 10. März. Gestern fand die feierliche Eröffnung des von der Vereinigung Oberbadischer Krankenkassen neu erworbenen Kurhauses Waldstück statt. Das Kurhaus enthält 60 Fremdenbetten. Geleitet wird das Haus von Franziskanerinnen aus Gengenbach.

Ehlingen, 10. März. Infolge der Ungunst der Zeit geht der Staat dazu über, die bisher von ihm vorbehaltenen Staatsjagden der Forstämter an Jagdliebhaber zu vergeben. So wurden dieser Tage die bisher zum Forstamt Heidelberg gehörigen 600 Morgen Jagdgebiet um 6000 Mark verpachtet.

Konstanz, 10. März. Die Leiter eines hiesigen Immobilien- und Finanzierungsbüros, August Denzwein und Denzel, wurden wegen dringenden Verdachts des fortgesetzten Betrugs verhaftet.

Der verheiratete Werksführer Franz Wopen aus Rumpfen im Rheinland war Geschäftsführer in einem kleinen Fabrikbetrieb im Kanton Thurgau. Als er dort entlassen wurde, nahm er wichtige Maschinenteile mit, so daß der Betrieb ein-

gestellt werden mußte. Wegen Zahlung von 3000 Franken erklärte er sich zur Rückgabe der entwendeten Maschinenteile bereit. Er wurde in Konstanz wegen Erpressungsvertrugs verhaftet.

Zwei Handwerksmeister in Bollmatingen ließen sich durch den früheren Bankier Manx in Singen durch betrügerische Vorpiegelungen dazu verleiten, Wechsel im Betrag von 10 000 und 8000 Mark zu unterschreiben, für die beide jetzt bezahlen sollten. Dieser Schalk hatte die beiden Betroffenen so hart getroffen, daß sie nach der Heil- und Pflanzanstalt Reichenau verbracht werden mußten.

Lothales.

Wildbad, 11. März 1925.

Gebäude-Entschuldungssteuer. Ueber die Erhebung der Gebäude-Entschuldungssteuer bestehen vielfach Unklarheiten und es ist insbesondere in weiten Kreisen der Gebäude-Eigentümer die irrthümliche Meinung verbreitet, daß die im Jahre 1914 unbelastet gewesen oder auch jetzt noch hypothekefreien Gebäude von der Steuer befreit seien, oder daß in diesen Fällen ein Anspruch auf Steuer-Ermäßigung bestehe. Nach der dritten Steuer-Notverordnung sind die Länder und nach näherer Bestimmung des Landesrechts die Gemeinden verpflichtet, im Zusammenhang mit der Regelung des Mietwesens von dem bebauten Grundbesitz eine Steuer zu erheben. Das Aufkommen der Steuer soll zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden, sowie des ihnen zur selbständigen Regelung zugesprochenen Aufwands für die Wohlfahrtspflege des Schul- und Bildungswesens usw. dienen, außerdem sind 15% der Steuer zur Förderung des Wohnungsneubaus zu verwenden. Für die Steuer kam der Name Mietzinssteuer deshalb auf, weil ihre Entwicklung sich nach derjenigen der gesetzlichen Mietsätze richten sollte. In Württemberg wurde sie „Gebäudeentschuldungssteuer“ genannt, tatsächlich aber durch ihre Gestaltung auf Grund des Württembergischen Landesrechts und durch die Entwicklung, welche die gesetzliche Mietsätze im Jahre 1924 in Württemberg nahm, zu einer rein zusätzlichen Gebäudekatastersteuer gemacht, wie sich das eben in der dazugehörigen Unmöglichkeit von Steuer-Ermäßigungen wegen Eigenkapitals ausdrückt. Nach § 28 Abs. 4 der dritten Steuer-Notverordnung soll auf Antrag eine Ermäßigung der Steuer um einen Bruchteil eintreten, der durch das Verhältnis des um ein Drittel gekürzten Eigenkapitals zum Gesamtkapital (Gebäudewert) bestimmt wird. Dieser Ermäßigungsanspruch greift erst Platz, wenn die gesetzliche Mietsätze 70% der Friedensmiete übersteigt. Trifft aber diese Voraussetzung zu, so ist zur Zeit ein Ermäßigungsanspruch im Hinblick auf Satz 2 des genannten Absatzes nicht vorhanden, weil die Gebäude-Entschuldungssteuer auch bei einer höheren gesetzlichen Mietsätze gegenwärtig in gleichem Betrage erhoben wird, wie bei einer 70%igen Friedensmiete. Nach § 28 Abs. 5 soll denjenigen Gebäude-Eigentümern ein Ermäßigungsanspruch zustehen, deren Gebäude am 1. Juli 1914 entweder unbelastet waren oder die dingliche privatrechtliche Belastung nicht mehr als 20% des Gesamtwerts betrug. Ein Ermäßigungs-Anspruch ist aber nur dann gegeben, wenn die Gebäude-Entschuldungssteuer mehr als 20% der Friedensmiete ausmacht. Die Gebäudekataster bestehen in Württemberg in einer 3%igen Rente des Steueranschlages. Die Friedensmiete beträgt aber im allgemeinen etwa 5 bis 6% des Steueranschlages. Bei einem Gebäude mit 30 000 \mathcal{M} . Steueransatz beläuft sich die Friedensmiete auf etwa 1 500 \mathcal{M} . würde sie aber selbst nur 1 200 \mathcal{M} . betragen, so wären 20% hieraus 240 \mathcal{M} . Die Gebäudeentschuldungssteuer berechnet sich aber aus der 3%igen Rente des Steueranschlages, nämlich aus 900 \mathcal{M} . zu 7,2% für den Staat und ebensoviel für die Gemeinde, zusammen zu 14,4% auf nur 129 \mathcal{M} . 60 Pfg. pro Jahr. Sollte sich die Friedensmiete eines Gebäudes, was aber ganz ausnahmsweise vorkommen mag, nicht höher als auf den Betrag des Steuerkapitals (3%ige Rente), in diesem Beispiele also auf 900 \mathcal{M} . belaufen, so beträgt die Gebäudeentschuldungssteuer (129 \mathcal{M} . 60 Pfg.) immer noch lange nicht 20% der Friedensmiete (180 \mathcal{M} .). Auf Grund des § 28 Abs. 4 und 5 der dritten Steuer-Notverordnung besteht somit gegenwärtig kein Anspruch auf Steuer-Ermäßigung. Nur gemäß Absatz 3 wegen der dort genannten wertbeständigen Lasten und aufgewerteter Hypotheken kann in Höhe der sich ergebenden laufenden Geldverpflichtung Steuer-Ermäßigung beantragt werden. Es finden aber dabei nur die Bestimmungen des Absatz 3 Anwendung. Wegen der auf Grund des Gesetzes vom 23. Dez. 1924 zustehenden Befreiungen wird auf die Bekanntmachung des Stadtschultheißenamts in Nr. 35 dieser Zeitung hingewiesen.

Übergang von der Grundschule in die höhere Schule. Unter Hinweis auf die Entschließung des Württembergischen Landtags vom 10. Februar 1925 hat das Kultusministerium in einer Verfügung im amtlichen Teil des Staatsanzeigers bestimmt, daß im Frühjahr 1925 Schüler und Schülerinnen, die im Schuljahr 1924/25 die zweite Grundschulklasse besuchen und bei hervorragender Befähigung, vorzüglichem Fleiß und einwandfreiem Gesundheitszustand gute bis sehr gute Kenntnisse aufweisen, auf Antrag der Erziehungsberechtigten mit Beginn des Schuljahrs 1925/26 ohne Prüfung probeweise in die 4. Grundschulklasse versetzt werden können. Ebenso können ausnahmsweise Schüler und Schülerinnen, die im Schuljahr 1924/25 die dritte Grundschulklasse besuchen, unter denselben Voraussetzungen probeweise in die erste Klasse einer höheren Schule oder Mittelschule aufgenommen werden. In beiden Fällen müssen die Anträge bis spätestens 20. März 1925 schriftlich oder mündlich bei dem derzeitigen Klassenlehrer gestellt werden. Die Regelung gilt zunächst nur für das Frühjahr 1925. Für die späteren Jahre wird voraussichtlich eine Abkürzung des Lehrgangs der Grundschule nur in der Form gestattet werden, daß Schüler unter gewissen Voraussetzungen die dritte Grundschulklasse überspringen dürfen. Eine Abkürzung der Dauer der gesetzlichen Schulpflicht kann jedoch dadurch keinesfalls erreicht werden.

Das Achten der Bügeleisen beim Plätten wird vermieden, wenn man die Stärke mit lauwarmem Seifenwasser anrührt. Dadurch erhält die Wäsche zugleich weit mehr Glanz.

Calmbach, 9. März 1925. Vom 12.—22. März wird Evangelist Carl Röder in der Kirche in Calmbach öffentliche Vorträge über brennende Fragen des persönlichen Lebens halten mit denen jeder denkende Mensch von heute sich beschäftigt. Derselbe hat schon an vielen größeren Plätzen Württembergs und außerhalb gesprochen und genießt den Ruf, diese Fragen klar und sachlich für jedermann zu beantworten. Ein womöglich regelmäßiger Besuch der Vorträge dürfte gewiß zur Vertiefung religiöser Lebens beitragen. Auf die Anzeige wird ausdrücklich hingewiesen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Pension der Frau Ebert. Entgegen der Meldung Berliner Blätter, daß die Witwe des Reichspräsidenten eine Pension von 33 980 \mathcal{M} beziehen werde, erfährt die „Post“, daß die Pension 7104 \mathcal{M} jährlich betrage.

Aufhebung eines Zeitungsverbots. Der preuß. Minister des Innern, Severing, hat das Verbot der kommunistischen „Roten Fahne“ in Berlin mit Rücksicht auf die Präsidentenwahl wieder aufgehoben.

Die Königin mit dem Bubitopf. Die Königin der Belgier (Prinzessin Elisabeth in Bayern) hat sich auch der Bubitopfmode unterworfen und sich die Haare abschneiden lassen, trotzdem die Hofdamen dringend abgeraten hatten, weil der königliche Bubitopf unliebsames Aufsehen erregen könnte. Zum Entsetzen der Hofgesellschaft erschien die Königin eines Morgens mit dem Bubitopf.

Der jährliche Zuwachs von Berlin beträgt 70 bis 90 000 Menschen im Durchschnitt. Im Jahr 1890 zählte Berlin 2,114 Millionen, heute sind es über 4 Millionen. Die Vermehrung ist nicht so sehr aus Geburtenüberschuss, als aus starker Zuwanderung zurückzuführen. Die Reichshauptstadt hat dafür aber auch schon in starkem Maße ein ausländisches Aussehen angenommen, ist „Welstadt“ geworden, wie man solche Schmelztiegel zu nennen pflegt.

Bayerns Wasserkräfte. Im Haushaltsauschuß des bayerischen Landtags wurde vom Ministerium des Innern Mitteilung über den Stand der Wasserkräfte-Ausnutzung und Elektrizitätsversorgung in Bayern gemacht. Danach beträgt die mittlere Gesamtleistung der ausgebauten und noch auszubauenden Wasserkräfte rund 2 Milliarden PS. mit einer mittleren Arbeitsleistung von 12 Milliarden KW-Stunden im Jahr. Ausgebaut sind bisher 540 000 PS., im Bau befinden sich Anlagen mit 50 000 PS., in Behandlung und Vorbereitung 154 Anlagen mit zusammen über 400 000 PS., so daß die Hälfte aller ausbaubaren Wasserkräfte erschafft ist.

Heilquellenforschung. Auf amerikanischen Universitäten sollen Lehrstellen für Heilquellenwissenschaft errichtet und vornehmlich mit deutschen Sachverständigen besetzt werden.

Leichenverbrennung. In Deutschland sind jetzt 66 Leichenverbrennungsofen in Betrieb, 14 weitere sind geplant.

Strandung eines Frachtdampfers. Bei Hoek van Holland ist der 7000 Tonnen große Frachtdampfer „Soerakata“ des Rotterdamschen Lloyd an derselben Stelle gestrandet, wo im Jahr 1907 der Dampfer „Berlin“ dasselbe Schicksal erlitt. Das Schleppboot „Schelde“ ist bei dem Versuch, der „Soerakata“ zu Hilfe zu kommen, ebenfalls auf Grund geraten. Da ein starker Nordwestwind weht und eine starke Brandung herrscht, wird für das Leben von 17 holländischen Seeleuten gefährdet. Gegen 11 Uhr abends waren die Lichter des Schiffs nicht mehr zu sehen, wahrscheinlich ist das Schiff umgeschlagen.

Der größte Teil der Mannschaft des gestrandeten Frachtdampfers „Soerakata“ wurde durch Rettungsboote an Land gebracht, nur die Offiziere und wenige Mann blieben an Bord. Das Schiff ist nicht mehr zu reiten, aber man wird versuchen, bei ruhigem Wetter die Ladung zu bergen.

Bei der Rettung verunglückt. Der holländische Schleppdampfer „Schelde“, der ausgefahren war, um einen gestrandeten Frachtdampfer Hilfe zu bringen, ist untergegangen. Zehn Mann der Besatzung sind ertrunken.

Die Militärkaserne in Dublin (Irland) ist durch eine Feuerbrunst zerstört worden.

Die Sankt Pauls-Kathedrale in London, von deren Baufähigkeit wir kürzlich berichtet hatten, ist für die Öffentlichkeit ganz geschlossen worden.

Hoher Verlust. Ein portugiesischer Kaufmann verlor auf der Messe in Leipzig seine Brieftasche mit 3 englischen Pfundnoten, 240 Mark deutschem Geld, 204 500 Reis portugiesischem Geld, 1000 franz. Franken und einem Reisepaß. Der ehrliche Finder hat sich bis jetzt noch nicht gemeldet.

Vermißt. In Leipzig wird die amerikanische Studentin der Musik Helene Reichert seit 17. Februar vermißt. — Die 13jährige Tochter einer Familie in Kasel ist seit 26. September verschwunden. Alle Nachforschungen blieben bis jetzt erfolglos.

Vernichtete Wägerei. Wie die Moskauer „Prawda“ meldet, hat die Sowjetregierung die 100 000 Bände zählende überaus wertvolle Wägerei der ehemaligen höheren technischen Militärkaserne zum Einstampfen an eine Papierfabrik um 5 $\frac{1}{2}$ das Kilo verkauft.

Alkohollage in New York. Eine plötzliche Jagd der Alkohopolizei in New York hat das Ergebnis gehabt, daß durch Verordnung des Staatsanwalts 500 Restaurants, Bars und Kabarettens auf dem Broadway geschlossen werden müssen, darunter 14 der elegantesten und teuersten Nachtclubs. Die Wirte wollen sich vom Schwund ihrer Tätigkeit zurückziehen, bis der Sturm vorüber ist.

Verhaftung. In Berlin wurde der Brouereiarbeiter Wörpel verhaftet, der in voriger Woche eine Dirne in ihrer Wohnung ermordet und zwei Tage darauf einen Ueberfall auf eine Briefträgerin gemacht hat, wobei er von zu Hilfe eilenden Männern festgehalten wurde. Wörpel hat sich im Untersuchungsgefängnis erhängt.

Marder und Ratten im Storchennest. Weil man seit drei Jahren bei dem Storchennest auf dem Dache des Pfarrhauses in Steina, Amt Bretten, keinen Storch mehr sah, sollte das Nest am letzten Freitag abgetragen werden. Als die Maurer oben anlangten, sprang plötzlich ein Marder aus dem Nest, dem noch vier weitere folgten. Im Nest selbst fand man zwei tote Störche, einige Ratten und einen — Fuchsinderhut. Die Suche nach dem Verbleib der fünf Marder war bisher vergeblich.

Handelsnachrichten

Dollarkurs Berlin, 10. März. 4.20. New York 1 Dollar 4.20. London 20.02. Amsterdam 1 Gulden 1.677. Zürich 1 Franken 0.808 Mk.

Dollarfahrschein 01.90.
Verbilligung der Seefische. Für Sendungen von frischen (grünen) Seefischen, Heringen usw. aus Schweden und Norwegen nach Deutschland ist eine starke Frachtermäßigung in Kraft getreten.

Stuttgarter Börse, 10. März. Die Börse hatte heute ein etwas freundlicheres Aussehen. Da Materialknappheit geherrscht hat, konnten die Kurse leicht anziehen, ohne dabei auf Widerstand zu stoßen. Teilweise wurden nur Geldkurse notiert. Im großen gan-

zen ist das Geschäft auch heute ruhig geblieben. Die bessere Stimmung hat sich bis zum Schluß erhalten können. Auch der Rentenmarkt lag etwas fester. 3proz. Reichsanleihe 0,61—0,625, 4proz. alte Württemberger 1,05 gegen 0,9.

Wirt. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.
Berliner Getreidepreise, 10. März. Weizen märk. 25.30—25.80, Roggen 24.70—24.90, Wintergerste 21.50—23.20, Sommergerste 21.70—26, Hafer 18.90—19.40, Weizenmehl 34.50—37, Roggenmehl 33.75—36.25, Ariele 14—14.30, Raps 395—400.

Märkte

* Stuttgarter Schlachtviehmarkt. Dem heutigen Markt waren zugeführt: 37 Ochsen, 18 Bullen, 153 Jungbullen, 176 Jung- rinder, 49 Rühе, 663 Kälber, 1132 Schweine und 5 Schafe. Da- von blieben unverkauft: 3 Ochsen, 2 Bullen, 10 Jungbullen, 20

Jungrinder und 2 Rühе. Verkauf des Marktes mäßig. Preise für ein Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Ochsen: ausgewählte Tiere	38-48	Kälber: beste Raß u. best	78-81
vollfleischige Tiere	34-40	Saugkälber	72-76
fleischige Tiere	29-32	mittlere Raß und gute	65-70
gering genährte Tiere	25-32	Saugkälber	65-70
Bullen: ausgewählte Tiere	43-45	geringe Kälber	-
vollfleischige Tiere	37-41	Schafe: Mastlamm u. 11/2 J.	-
fleischige Tiere	32-35	Sammel	-
gering genährte Tiere	28-32	Weidmastschafe geschlachtet	70-75
Jungrinder: ausgew. Rinder	62-55	mit Kopf	70-75
vollfleischige Rinder	52-59	vollfleischige Schafschl. ge-	65-70
fleischige Rinder	42-46	schlachtet mit Kopf	65-70
gering genährte Rinder	32-39	Schweine: vollfleisch. Schweine	65-70
Rühе: ausgewählte Rühе	72-40	won 200-240 Pfd.	1-67
vollfleischige Rühе	19-7	die. Fleisch u. 120-160 Pfd.	9-63
fleischige Rühе	12-16	die. unter 120 Pfd.	0-63
gering genährte Rühе	12-16	Sauen	0-63

Grund-, Gebäude- u. Gewerbesteuer-Vorauszahlung, sowie Gebäude-Entschuldungssteuer für den Monat März 1925.

Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern für März sind vorläufig in gleicher Weise und auf gleicher Grundlage wie bisher zu leisten.

Die Steuern werden am Freitag, den 13. März 1925, von vormittags 8—12 Uhr und nachmittags 2—6 Uhr im Sitzungssaale des Rathhauses entgegengenommen.

Die ausgegebenen Steuerzettel, sowie die Quittungen über die an das Finanzamt bezahlte Einkommensteuer sind bei der Zahlung mitzubringen.

Für rückständige Steuern werden Verzugszuschläge berechnet. Stadtschultheißenamt.



Wintersport-Verein

Wildbad.

Heute

Nachtfahrt

auf dem Sommerberg

Sammlung der Teilnehmer 7/8 Uhr bei der Bergbahn.

Freundl. Einladung

zu den öffentlichen Vorträgen des Herrn Evangelisten A. Röder über brennende Fragen des persönlichen Lebens in der evang. Kirche in Calmbach vom Donnerstag den 12. bis Sonntag den 22. März 1925, nachm. 7/8 Uhr und abds. 8 Uhr.

In den Vorträgen werden folgende Fragen behandelt:

- Donnerstag, 12. März, abends 8 Uhr: Was will Gott?
- Freitag, 13. März, abends 8 Uhr: Hat unser Leben einen Sinn?
- Samstag, 14. März, abds. 8 Uhr: Wo sind die Toten?
- Sonntag, 15. März, nachm. 7/8 Uhr: Gibt es im Jenseits ein Wiedersehen?
- Sonntag, 15. März, abends 8 Uhr: Gibt es Signale aus der unsichtbaren Welt?
- Montag, 16. März, abends 8 Uhr: Muß es wirklich ein Weltgericht geben?
- Dienstag, 17. März, abends 8 Uhr: Wann kommt der Völkerrfriede?
- Mittwoch, 18. März, abends 8 Uhr: Was sind die Ursachen des Unglaubens?
- Donnerstag, 19. März, abends 8 Uhr: Du und Dein Geheimnis.
- Freitag, 20. März, abends 8 Uhr: Warum gibt es so viele unglückliche Frauen? — Nur für Frauen und Jungfrauen!
- Samstag, 21. März, abends 8 Uhr: Volksnot und Sittlichkeit. — Nur für Männer und junge Männer!
- Sonntag, 22. März, nachm. 7/8 Uhr: Wie lernt man selig sterben?
- Sonntag, 22. März, abends 8 Uhr: Gestillter Seelendurst.

Außerdem findet jeden Werktag nachmittags 4 Uhr (Samstag ausgenommen) eine Bibelstunde statt.

J. A. des Kirchengemeinderats:
Pfarrer Schwarzmaier.

Ihre sämtlichen Putzartikel

- kaufen Sie vorteilhaft in der Drogerie
- Bohnerwachs
- Farbbohnerwachs
- Stahlspäne
- Terpentinöl u. Ersatz
- Seifenpulver Persil
- Scheuertücher
- Geolin
- Ofenputzmittel
- Waschseife
- Quedlin, chem. Reinig.
- A. & W. Schmit, Medicinal-Drogerie.

Ein guter Rat

Um einen kräftigen, gehaltreichen Kaffee zu bereiten, verwende man stets nur den bewährten Franckkaffee-Zusatz.*

* Mit der Kaffeemühle als Schutzmarke

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Freunden und Bekannten mit, daß gestern Nacht 7/8 Uhr meine liebe Gattin, unsere lb. treue Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante, Schwiegermutter und Großmutter

Emma Fischer,

geb. Dürr,

von ihrem schweren Leiden im Alter von 71 Jahren erlöst worden ist. Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

Der Gatte: Gottlob Fischer,
Familie Karl Klaus,
Familie Karl Krauß,
Familie Albert Bopp,
Schwestern,
Georg Fischer.

Beerdigung Donnerstag mittag 2 Uhr neuer Friedhof.



Für jeden Fuß passend
vorrätig.

Schuhhaus Treiber
Ludwig-Seegerstraße.

Stöwer Elite Schreibmaschine

klein in Form, gross in Leistung!

Vertreter für Wildbad u. Umgebung:
Karl Tubach jr., Wildbad
Enzthalstr. 185 A.

Prospekte und Vorführungen werden auf Wunsch gerne erteilt.

Bequeme Teilzahlung!

Reparaturen von Schreibmaschinen aller Systeme werden prompt und billig ausgeführt.

Kinderwagen,

(Kastenwagen),

neueste Muster, empfiehlt billigt
Wilh. Treiber, Korbmacher.

Grammophone Platten Nadeln

in großer Auswahl
Reparaturen werden fachmännisch erledigt.
Buchhandlung Trittlar,
Inhaber: ERNST LÖBICH.

Anthracit-Eierbriketts
sind eingetroffen und nimmt noch Bestellungen entgegen
Karl Tubach, Telefon 62.



Dörrobst

Neue kalifornische

Pflaumen

Pfd. 42 Pfg.

und

Pfd. 52 Pfg.

Amerikanische

Dampf-Aepfel

Pfd. 90 Pfg.

Kalifornisches

Mischobst

Pfd. 60 Pfg.

und

Pfd. 80 Pfg.



Cabeljan,

Pfd. 42 Pfg.

Pfannkuch

Marke, Sturm

die beste

Gamasche!

I. Qualität Mk. 9.50

II. Qualität Mk. 6.50

Schuhhaus Lutz.

Wasserdichte

Sportstiefel

Größe 27—46

zu ermäßigten Preisen!

Leistungsfähiges

Pianohaus

(Pforzheim)

mit allerersten Marken-Vertre-
tungen, sucht mit Herren und
Damen in Wildbad un Umgebung,
welche Gelegenheit haben, Ver-
käufe von

Pianos,
Harmoniums,
Grammophone

zu vermitteln, in Verbindung zu
treten. Gefl. Zuschriften unter
Chiffre N. 58 erbeten.

Visitkarten

liefert in kürzester Frist
die... ds. Bl.

